



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/X/32 - 7.2.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Grundzüge der Gegenaktion zeichnen sich ab	S. 1
Zur Lage in Frankreich	S. 3
Um ein neues Bundeswahlgesetz	S. 5
Bundesjugendring und FDJ	S. 6

Unreell

sp. In einem neuartigen Verfahren hat der Bundeskanzler die Rundfunkübertragung der Rede durchgesetzt, die der Chef der CDU am Sonntag vor dem Führungsgremium dieser Partei hielt. Die intimere Atmosphäre dieser Versammlung von Freunden verleitete ihn zu einigen unvorsichtigen, wenn auch aufschlussreichen Offenherzigkeiten. In diesem Zusammenhang muss man einige Feststellungen treffen:

1. Ausgangspunkt und Kernstück der CDU-Tagung in Bonn war die Absicht der Partei, die heute von vielen Millionen Menschen aller Bevölkerungskreise erhobene Forderung zurückzuweisen, dass die ernsteste Anstrengung um die deutsche Wiedervereinigung jeder anderen politischen Aktivität, auch der um die Ratifizierung der Pariser Verträge und damit die westdeutsche Wiederbewaffnung voranzugehen habe.
2. Zur Wiedervereinigung wiederholte Dr. Adenauer nur die durch nichts bewiesene Behauptung, die Bundesrepublik werde erst durch die Verträge die Möglichkeit erhalten, zu einer Wiedervereinigung zu kommen. Die bekannte amerikanische Publizistin Dorothy Thompson schrieb erst dieser Tage, was im übrigen alle Welt weiss: "Die Schwäche der Position des Kanzlers besteht darin, dass er selbst beim besten Willen nicht imstande ist, eine plausible, überzeugende Erklärung darüber abzugeben, wie er denn die Wiedervereinigung Deutschlands nach der vollzogenen Eingliederung Westdeutschlands in den militärischen Verband der NATO-Mächte eigentlich bewerkstelligen will. In der gleichen Klemme befinden sich ja auch die Aussenminister Grossbritanniens, Frankreichs und der USA".
3. Die "Vorgänge in der Paulskirche", der unüberhörbare, ernsteste Warnruf einer Versammlung von in der ganzen Welt hochgeachteten Männern aus allen politischen, konfessionellen und beruflichen Bereichen, nannte er mit bewusst verletzenden Witzen "Ein rotes

Gericht mit einigen grünen Salatblättern". Konnte Dr. Adenauer besser zeigen, welche untergeordnete Rolle dieses schicksalhafte und schwermwiegende deutsche Anliegen unserer Tage in seinen eigenen Gedanken spielt?!

4. Ein Hauptteil der Rede galt dem Nachweis, dass Deutschland (von Adenauer konsequent anstelle von "Westdeutschland" gebraucht) sich sofort und ohne jeden Vorbehalt, also auch mit allen militärischen Konsequenzen der westlichen Allianz anzuschließen habe. Die Sowjetunion habe oft gedroht und ihre Drohungen nicht wahrgemacht. Diesmal werde es nicht anders sein. Dabei zog er, von Japan über die Türkei bis zu Jugoslawien, Vorgänge als Beispiel heran, die wegen völlig anders gelagerter Umstände ungleichbar waren. Keines dieser Länder war während des zweiten Weltkrieges von der SU als Feindmacht besetzt worden bzw. wird zu einem Teil noch besetzt gehalten.
5. An mehreren Stellen warnte Adenauer davor, durch die Ablehnung der Verträge "die egenwärtige Blüte unserer Wirtschaft" zu gefährden. Ganz offenbar dachte er dabei an gewisse wirtschaftliche Belastungen, die sich bei einer Wiedervereinigung für die gutverdienende westdeutsche Wirtschaft ergeben würden und die er auch um der Wiedervereinigung willen nicht glaubt hinnehmen zu können. Man wird sich das vor allem in der sowjetisch besetzten Zone merken.
6. Hierher gehört auch die Warnung Erhards, es werde "keine ausreichende Beschäftigung des deutschen Arbeiters, keine soziale Entwicklungsmöglichkeit und keine Fortentwicklung der deutschen Wirtschaft mehr geben, wenn die Pariser Verträge nicht ratifiziert würden", d.h., mit anderen Worten, wenn die Aufrüstung der Bundesrepublik unterbleibt. Aufrüstung als Mittel zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit war einmal das Wunderrezept. Wir kennen das Ende, wobei es nur einen Unterschied in der Nuance ausmacht, ob es sich um die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit oder die Erhaltung eines bestimmten Beschäftigungsniveaus handelt. Der deutsche Arbeiter wird diesen Zusammenhang besser begreifen, als Herr Erhard glaubt. Das zeigt sich ja an seiner bisherigen Stellungnahme zum Problem der westdeutschen Aufrüstung zur Genüge.
7. Das Schwergewicht in der Rede Adenauers lag bei der Auseinandersetzung mit der SPD. Die Berufung auf Schumacher, der sich dagegen nicht mehr wehren kann, als Kronzeugen gegen seine, Schumachers, ersten politischen Freunde, war, nach der erwähnten Kennzeichnung der Paulskirchenkundgebung, eine zweite Höchstleistung an Takt und Geschmack. Der andere Versuch, den Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer, gegen seinen Stellvertreter auszuspielen, war ein auf den ersten Blick durchschaubarer Trick. Mit gespielter Erstaunen fragt Adenauer, wie sich denn Ollenhauers These: Endgültige Eingliederung der Bundesrepublik in die Westeuropäische Union nicht vor der Klärung der Wiedervereinigungsfrage (diesen Zusatz machte Adenauer selbst!) mit der von Mellics ausgesprochenen Befürwortung einer "Bündnislosigkeit" verträglich? Selbstverständlich wusste jeder seiner

7.2.1955

Zuhörer, zumindest im Fraktionsraum der CDU, dass das erste für den Fall der endgültig missglückten deutschen Wiedervereinigung gilt, während die zweite These von der SPD gerade als ein Mittel angesehen wird, eine Wiedervereinigung zu erreichen.

8. Wenn weiter Dr. Adenauer die Feststellung, die Saar sei der Preis für zwölf deutsche Divisionen gewesen, als eine "gemeine Lüge" bezeichnete, so hat diese erregte Zurückweisung kaum das Gewicht eines Argumentes, schon gar nicht im Munde von Dr. Adenauer. Wenn schon ein so scharfes Wort von ihm gebraucht wird, dann muss man darauf verweisen, dass gerade er noch der Ansicht unzähliger Menschen, die sie mit ihm in Wahlkämpfen und bei anderen Gelegenheiten gemacht haben, in Fragen der Aufrichtigkeit nicht kompetent ist.
9. Was schliesslich die Unterstellungen einmal nationalsozialistischer, dann wieder kommunistischer, in jedem Falle aber antidemokratischer Nügnngen der SPD anlangt, so sind sie einfach darin begründet, dass die Sozialdemokratie die Politik des Bundeskanzlers nicht billigt und das auch offen mit der gebotenen Lautstärke auszusprechen wagt. Zu diesem Punkt braucht man nur daran zu erinnern, dass nach oft geäussertem amerikanischen und englischer Ansicht, es das Beste wäre, wenn nach Bildung einer westdeutschen Armee die Sozialdemokraten soweit nur möglich eingespannt würden, weil ihre demokratische Zuverlässigkeit noch die einzige Sicherheit dagegen böte, dass in den neuen deutschen Streitkräften wieder eine sehr gefährliche politische Macht entsteht.

Die Entschliessung des CDU-Vorstandes vom Sonntagabend bemüht sich wenigstens im Ton die Entscheidungen ihres Parteichefs auszugleichen. Dr. Adenauer selbst wird sich nicht wundern können, wenn seine erneut gezeigte unreelle Art der politischen Auseinandersetzung mit unbequemen Tatsachen und einem unbequemen Gegner Menschen von ihm fort, nicht aber ihm zuführt, wie das laufend geschieht. Die SPD hat keinen Anlass, das zu bedauern.

+ + +

Nach dem Sturz - was nun?

J.K. - Paris

Die Gegner, die den Sturz von Pierre Mendès-France herbeiführten, stellen eine äußerst heterogene Gesellschaft dar, und ebenso unterschiedlich sind die Motive der einzelnen Gruppen: Rache für den "Fall" der EVG, Rache für die Durchdrückung der Pariser Verträge, persönliche Rankünen und parteipolitische Pläne trafen sich mit den Interessen wichtiger Finanzgruppen.

Nur zwei Gruppen stimmten geschlossen für Mendès, nämlich die 105 Sozialisten und die 16 Übersee-Deputierten verschiedener politischer Färbung. Im übrigen ging, wie erwartet wurde, der Riss durch alle Parteien und Lager, und gerade diese Konstellation wird die Bildung einer neuen Regierung erschweren, wenn auch, nach der jetzt geltenden Vorschrift, nur noch die einfache Mehrheit zur Bestätigung erforderlich ist.

Wenn die katholisch-konservativen Volksrepublikaner (MRP) auch die stärkste Gruppe der Mendès-Gegner darstellten - abgesehen von der KP - so wissen sie doch sehr genau, dass, wenn sie die Nachfolge antreten, sie auf unermessliche Schwierigkeiten stoßen müssen. Dies gilt nicht nur für die Politik in Nordafrika, die ihnen den Vorwand zum Sturze des verhassten Reformers bot, sondern auch für die Auseinandersetzung um die Pariser Verträge. In Nordafrika, dies wurde ihnen von einem der muslimischen Deputierten in aller Deutlichkeit gesagt, wird der Sturz des Regimes Mendès-France dahin ausgelegt werden, dass die Kammermehrheit gegen die Reformpolitik ist; dies werde, sagte der Afrikaner, "einen Weg voller Blut und Tränen" eröffnen. Bei der Behandlung der Pariser Verträge durch den Rat der Republik (Senat) wiederum würde es dem MRP schwerfallen, die Annahme von Verträgen zu empfehlen, denen die Köpfe der Partei selbst, mit einer einzigen Ausnahme, nicht zugestimmt haben. Man kann nicht Wasser predigen und selbst Wein trinken.

Der Riss verschonte jedoch auch die Radikale Partei nicht, der Mendès-France angehört. Obwohl ihr Vorsitzender, der Ehrenpräsident

der Kemmer, Edouard Herriot sie beschworen hatte, für die Regierung zu stimmen, erfüllten nur 52 Deputierte diese Bitte, während 20 gegen Mendés stimmten. Der Mann, der hierfür verantwortlich zeichnete, ist der frühere Ministerpräsident René Mayer, der seinen Parteikollegen in beinahe unvorstellbarer Weise attackierte, seine Politik als abenteuerlich bezeichnete, und sich die Grundsätze von Gruppen zu eigen machte, die als reaktionär bezeichnet werden.

Die Situation zeigt unter solchen Umständen deutliche Parallelen zu der, die sich im Sommer vorigen Jahres entwickelt hatte, als der Krieg in Indochina liquidiert werden sollte, ohne dass das MRP den Mut aufbrachte, den unauflösbaren Knoten zu zerschlagen. Damals wollte man in Indochina "retten" was nicht mehr zu retten war, ohne jedoch neue Methoden anzuwenden. Heute gilt dasselbe für Nordafrika. Jahre hindurch haben Regierungen, an denen das MRP und die Bauernparteien teil hatten oder denen sie nahestanden, Reformen zugesagt, ohne dass wirklich etwas geschah. Es war die Politik des "Immobilismus", der Unbeweglichkeit, die jedoch René Mayer, wie er es ausdrückte, einer Politik der Abenteuerlichkeit vorzieht. Immerhin hat der Immobilismus in Indochina zu jahrelangem Krieg und schliesslich zum Verlust des Gebietes geführt.

Niemand kann vorläufig die innen- und aussenpolitischen Folgen der schweren Erschütterung ermessen, die der Sturz der Regierung Mendés-France darstellt. Die geplanten Wirtschafts- und Sozialreformen dürften vorläufig Theorie bleiben. Die Reformen in Afrika dürften gegen eine "Politik der Stärke" eingetauscht werden - die in Indochina Schiffbruch erlitt - und die Pariser Verträge dürften "in die Länge gezogen" werden, ohne dass angesichts der parlamentarischen Konstellation die nächste Regierung die Hoffnung hegen könnte, auf stabilerer Grundlage arbeiten zu können als ihre Vorgängerin. Und zu alledem gesellt sich der innere Streit darüber, wie man sich in der Frage einer Viermächte-Konferenz mit Moskau verhalten soll. Keiner der Gegner des jetzt Gestürzten möchte es auf sich nehmen, gegen den Washingtoner Strom zu schwimmen. Keiner von ihnen aber ist erfreut über die Aufstellung eines selbständigen bundesdeutschen Heeres. Wie die Besieger Mendés-France's dieser Zwickmühle zu entweichen hoffen, können sie vermutlich selbst nicht sagen. Ihr erstes Ziel war, den allzu stark Gewordenen zu entfernen. Ihre weiteren Ziele blieben bisher nebelhaft.

Wehrgesetz und Wahlgesetz

sp- Als der erste Bundestag in den letzten Zügen lag, waren sich alle Parteien in einem Punkte einig, nämlich darin, dass es eine der ersten Aufgaben des neuen Parlamentes sein müsse, ein Wahlgesetz zu verabschieden, das möglichst nicht nur für die jeweils bevorstehenden Bundestagswahlen Gültigkeit haben sollte. Nicht nur die unmöglichen Vorschläge von Wahlgesetzen, wie Hellweges Känguruh-System oder Scharnbergs ausgetüfteltes Machtsicherungs-Gesetz, hatten damals einen heilsamen Schrecken verbreitet. Alle Abgeordneten teilten auch die Auffassung, dass es unzutraglich sei, ein solches Gesetz durchzupfeitschen, wenn man schon auf dem Sprung zu Wahlversammlungen ist.

Es rückte der 20. Oktober 1953 heran, der Tag, an dem der Kanzler die Regierungserklärung für das zweite Kabinett Adenauer abgab. Er sprach über die Aussenpolitik, die schlechte Agrarstruktur und Verkehrsunfälle, kein Wort über das Wahlgesetz. Abgeordnete der kleinen Koalitionsparteien beruhigten sich selbst, das habe nichts zu bedeuten, man habe ja in den Koalitionsvereinbarungen vom Kanzler die Zusage erhalten, dass das Wahlgesetz recht bald verabschiedet würde, und dass es kein Gesetz werden würde, das den kleinen Parteien den Garaus macht.

Inzwischen hat das zweite Jahr der laufenden Legislaturperiode den Zenith überschritten - ein Wahlgesetz liegt immer noch nicht vor. Stattdessen hat das Innenministerium einen "Wissenschaftlichen Beirat" gerufen, der die Frage des Wahlgesetzes prüfen soll, als wenn das Wahlgesetz eine wissenschaftliche Frage wäre! Es ist eine politische Frage und es kann auch nur eine politische Entscheidung gefällt werden. Heute muss man aber auch leider feststellen, dass durch das Fehlen eines Wahlgesetzes sämtliche kleinen Koalitionsparteien nicht nur in Botmässigkeit gehalten werden, sondern auch mit der Drohung eines Mehrheitswahlrechts in Gefahr geraten, politisch korrumpiert zu werden.

Die Spatzen pfeifen es von den Bonner Dächern, dass die CDU/CSU mehr als einmal geneigt war, die Frage des Wahlsystems mit anderen politischen Entscheidungen zu koppeln - mit der Entscheidung

für oder gegen die Verträge, einem künftigen Wehrgesetz, ja selbst mit untergeordneten Fragen, ohne dass das natürlich immer deutlich wurde. Selbst an offenen Drohungen hat es nicht gefehlt, man erinnere sich nur an die Zeit der bayrischen Regierungsbildung, als es kein Geringerer als der Bundesfinanzminister Schäffer war, der der FDP mit einem Mehrheitswahlrecht drohte.

Diese Koppelungsgeschäfte sind unerträglich geworden und da man annehmen muss, dass der Bundesregierung und der CDU dieser Zustand genehm ist, müssen die übrigen Fraktionen die Initiative ergreifen. Von der FDP hat man in der Zwischenzeit erfahren, dass ihr Parteivorsitzender nicht nur an den Bundeskanzler geschrieben hat, sondern dass die Vorlage eines Initiativ-Gesetzes bevorsteht.

Auch die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat gerade in der letzten Zeit die Frage des Wahlrechts eingehend erörtert. Sie wird ebenfalls einen Gesetzentwurf einbringen, der auf der Basis der Verknüpfung von Persönlichkeits- und Verhältniswahl-System beruht. Sie wird dieses System befürworten, weil es trotz des offensichtlichen Entwicklungs-Zuges zum Zweiparteiensystem nicht zweckmässig erscheint, diese Tendenz durch Wahlgesetze herbeiführen zu wollen.

Das Problem ist aber damit noch nicht ausgestanden, denn es wird darauf ankommen, diese Gesetzentwürfe so schnell wie möglich zu beraten und nicht darauf zu warten, bis die Bundesregierung vielleicht ein Jahr später ihren Gesetzentwurf einbringt. Der Bundeskanzler hat am 20. Oktober 1953 erklärt, die Befürchtung, dass die CDU von ihrer Stärke einen nicht massvollen Gebrauch machen werde, sei absolut unberechtigt. Die CDU wird Gelegenheit haben, gerade beim Wahlgesetz diese Ankündigung des Kanzlers zu bestätigen.

+ + +

Freiheit und Recht sind keine Handelsware

Zu einem Angebot der kommunistischen F D J

OB. Am 2. Februar überreichte ein Kurier des Zentralrats der kommunistischen "Freien Deutschen Jugend" (FDJ) dem derzeitigen Vorsitzenden des Bundesjugendringes, Köppler, ein neues Verhandlungsangebot. Die FDJ, die damit ihre verzweifelten Versuche fortsetzt,

7.2.1955

als Verhandlungspartner westdeutscher Jugendorganisationen anerkannt zu werden, zeigt in ihrem Angebot die Bereitschaft zu einem scheinbaren Entgegenkommen, sie geht auf viele Punkte ein, die der Deutsche Bundesring am 28. Mai 1954 als Voraussetzung für Gespräche aufgestellt hat.

Diese vier Punkte sehen vor, alle demokratischen Jugendorganisationen in der Sowjetzone zuzulassen, das FDJ-Privileg als Staatsjugend der Zone aufzuheben, alle aus politischen Gründen verhafteten Jugendlichen und Jugendführer freizulassen und schließlich in ganz Deutschland den Vertrieb aller Jugendzeitungen zu genehmigen.

Das scheinbare Eingehen der FDJ auf diese Forderung birgt die Gefahr in sich, dass leichtgläubige Betrachter zu dem Schluß kommen, die FDJ hätte tatsächlich einen Kurswechsel vorgenommen. Noch am 11. Dezember 1954 hatte der FDJ-Chef Honecker Gespräche über diese Punkte brüsk abgelehnt und beispielsweise behauptet, in der Zone gäbe es überhaupt keine Jugendlichen, die aus politischen Gründen verhaftet worden seien, wenn man von "Agenten und Spionen" absähe.

Inzwischen hat es sich Pankow offenbar anders überlegt. Indem der Zentralrat Verhandlungen über die vier Punkte des Bundesjugendringes anbietet, gibt er die Existenz jugendlicher politischer Häftlinge in der Zone zu. Er tut dies jedoch allein zu dem Zweck, um mit diesen Opfern des Pankower Terrorregimes ein Geschäft zu machen, er will über ihre Freilassung politische Vorteile erwirken.

Gelingt der kommunistischen FDJ dieser Schachzug (und es gibt im Bundesjugendring gefährliche Anzeichen dafür!), dann wäre die durch kein Mandat der mitteldeutschen Jugend legitimierte FDJ-Führung als Verhandlungspartner anerkannt. Ob für die Gefangenen wirklich etwas dabei herauskommt, steht außerdem auf einem ganz anderen Blatt. So erweist sich das FDJ-Angebot nicht als ein "Kurswechsel" der Kommunisten, sondern als plumper Anbiederungsversuch. Deshalb kann es keinen Verzicht auf die vorherige Freilassung dieser wegen ihrer demokratischen Gesinnung mit 10, 20 oder 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilten jungen Menschen geben. Die sich weigern, dieser selbstverständlichen menschlichen Forderung nachzukommen, stammen aus dem gleichen politischen Lager, denen der Soldatenherker Schörner seine Freiheit verdankt. Auch das sollte man nicht vergessen.

Verantwortlich: Peter Raunau